



Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Mehr Geld, mehr Freizeit – Deine Wahl im TVöD!

Details zu unseren Forderungen und Erwartungen

Am 9. Oktober 2024 haben die Gewerkschaften die Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2025 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen beschlossen. Die IG BAU fordert als Antwort auf Arbeitsverdichtung, unbesetzte Stellen und fehlende Arbeitgeberattraktivität ein umfassendes Entlastungs- und Attraktivitätspaket. Wir brauchen: mehr Geld, mehr Freizeit und mehr Zeitsouveränität durch ein „Meine-Zeit-Konto“.

Bisher viel Zustimmung! Nach ersten Rückmeldungen scheinen unsere Forderungen voll im Trend zu liegen. Jetzt gilt es, unsere Forderungen durchzusetzen. Dazu sind alle gefragt. Werbt für unsere Forderungen und ruft die Kolleg*innen zur Unterstützung auf. Vor uns liegt eine schwierige Tarif- und Besoldungsrunde.

Das fordern wir konkret:

Mehr Geld, höhere Zulagen und Zuschläge

Wir fordern bei einer Laufzeit von zwölf Monaten insgesamt acht Prozent Entgeltsteigerung, mindestens aber 350 Euro mehr für Entgelterhöhungen und höhere Zulagen sowie Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten. Die Zulagen und Zuschläge sollen sich erhöhen:

- 📦 Erhöhung der ständigen Wechselschichtzulage von 105,00 auf 303,37 Euro monatlich und Erhöhung der ständigen Schichtzulage von 40,00 auf 197,15 Euro monatlich. Bei zukünftigen Tariferhöhungen sollen die Zulagen entsprechend steigen.
- 📦 Arbeitszeit während Bereitschaftsdiensten stärker berücksichtigen: bei einer Arbeitsleistung bis 25 Prozent

sollen 70 Prozent der Bereitschaftszeit als Arbeitszeit bewertet werden, bei einer Arbeitsleistung von mehr als 25 bis 40 Prozent sollen 85 Prozent als Arbeitszeit und bei über 40 Prozent soll die gesamte Bereitschaftszeit als Arbeitszeit bewertet werden; bisher gelten in Dienststellen und Verwaltungen unterschiedliche Regelungen.

- 📦 Verdoppelung der tariflich geregelten Rufbereitschaftsentgelte. Bisher wird eine tägliche Pauschale in Höhe des zweifachen Stundenlohns für Montag bis Freitag und des vierfachen Stundenlohns für Samstag, Sonntag und Feiertage bezahlt; auch die Tagespauschale für stundenweise Rufbereitschaft soll von 12,5 auf 25 Prozent erhöht werden.
- 📦 Erhöhung des Zeitzuschlags für Überstunden von bisher 30 Prozent für die Entgeltgruppen 1 bis 9b und 15 Prozent für die Entgeltgruppen 9c bis 15 auf einheitlich 50 Prozent.
- 📦 Erhöhung des Zeitzuschlags für Nachtarbeit von 20 auf 40 Prozent.
- 📦 Erhöhung des Zeitzuschlags für Sonntagsarbeit von 25 auf 50 Prozent.
- 📦 Erhöhung des Zeitzuschlags für Feiertagsarbeit auf 50 Prozent mit Freizeitausgleich bzw. 150 Prozent ohne Freizeitausgleich. Bisher sind es 35 bzw. 135 Prozent.
- 📦 Erhöhung der Zeitzuschläge von 35 auf 50 Prozent für den 24. Dezember und 31. Dezember, und zwar für den ganzen Tag.
- 📦 Erhöhung der Zeitzuschläge für Samstagsarbeit von 20 auf 30 Prozent, und zwar für den ganzen Tag.

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

- ❏ Ausgleich für Sonderformen der Arbeit auf Basis der individuellen Stufe, mindestens aber der Stufe 3. Bisher erfolgt der Ausgleich auf der Grundlage des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen Entgeltgruppe.

Mehr Zeit und mehr Zeitsouveränität

Arbeitsverdichtung und unbesetzte Stellen belasten die Beschäftigten. Wir fordern daher zur Entlastung drei zusätzliche freie Tage und einen weiteren für Gewerkschaftsmitglieder. Eine Mitgliedschaft soll sich schließlich lohnen, denn Ihr sorgt damit für bessere Arbeitsbedingungen.

Beschäftigte brauchen mehr Flexibilität bei der individuellen Gestaltung der Arbeitszeit. Deswegen wollen wir als Innovation im öffentlichen Dienst ein **Meine-Zeit-Konto**.

Mit diesem neuen Konto kannst Du am Ende eines Monats selbst entscheiden, ob Du das Guthaben ausgezahlt haben, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzen oder zusätzliche freie Tage willst oder, ob Du das Guthaben für eine längere Auszeit ansparen möchtest. Du kannst auf dieses Konto Entgelt-erhöhungen, zusätzliche freie Tage, Zuschläge und Sonderzahlungen buchen. Wenn es bereits Gleitzeitregelungen oder Arbeitszeitkonten gibt, muss geprüft werden, wie diese Regelungen an das Meine-Zeit-Konto angepasst werden können.

Bei Zulagen und Zuschlägen ist wichtig, auf welche Arbeitszeit sie bezogen werden. Wir fordern, dass für die Berechnung des Durchschnitts der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit längstens ein Monat zugrunde gelegt wird. Bisher ist es bis zu einem Jahr, und für Beschäftigte in Schicht- und Wechselschicht kann es sogar mehr sein.

Mehr Attraktivität

Will der öffentliche Dienst auch künftig attraktiv bleiben, braucht es Veränderungen.

- ❏ Darum fordern wir Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte bereits bei Überschreitung der individuell vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit. Aktuell sind Arbeitsstunden von Teilzeitbeschäftigten nur dann Überstunden, wenn sie über die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten hinausgehen.

Außerdem erwarten wir, dass Teilzeitbeschäftigte ein Recht auf Erhöhung ihrer Arbeitszeit bis zur Vollzeitarbeit erhalten.

- ❏ Viele Kolleg*innen, insbesondere die mit besonders belastender Arbeit, befürchten aktuell, das Rentenalter nicht gesund erreichen zu können. Diese Beschäftigten müssen die Möglichkeit erhalten, vorher aus dem Arbeitsleben ausscheiden zu können, und zwar, ohne Einbußen bei der Rente befürchten zu müssen. Darum

fordern wir eine neue und attraktive Altersteilzeitregelung, die sich auch Beschäftigte unterer Entgeltgruppen leisten können.

- ❏ Wir erwarten die abschließende Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West.

Nachwuchs stärken

Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen sollen monatlich 200 Euro mehr erhalten und nach der Ausbildung in ihrem Beruf unbefristet übernommen werden.

Wir erwarten bei der Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung die Zuordnung in die Stufe 2 und die Verbesserung der Regelungen zum Verpflegungszuschuss bei auswärtigen Bildungsmaßnahmen durch Anhebung des Zuschusses auf 28,00 Euro.

Beamt*innen

Wir fordern den Bund auf, das Verhandlungsergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen zu übertragen. Zusätzlich soll die Arbeitszeit der Bundesbeamt*innen, die heute 41 Stunden pro Woche arbeiten, an das Niveau der Tarifbeschäftigten, heute 39 Stunden, angeglichen werden.



„Zur Umsetzung unserer berechtigten Forderungen werden gute Argumente alleine am Verhandlungstisch nicht ausreichen. Deswegen müssen wir jetzt unsere Stärke entwickeln,

um am Ende unsere Forderungen durchsetzen zu können“, so der Stellvertretende Bundesvorsitzende Harald Schaum.

DIE VERHANDLUNGSTERMINE

- 24. Januar 2025: Erste Verhandlungsrunde
- 17. und 18. Februar 2025: Zweite Verhandlungsrunde
- 14. bis 16. März 2025: Dritte Verhandlungsrunde

IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft
Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.



So einfach werde ich IG BAU-Mitglied
<https://igbau.de/Mitglied-werden.html>

Herausgeber:
IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand
Vorstandsbereich
Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main
Oktober 2024, Foto: Tobias Seifert